EUFIS - Newsletter

Oktober 2026

DER PARITÄTISCHE Gesamtverband

Inhalt

Ausschreibungen 4

Kreatives Europa: „ZMINA: Resilienz.“ - internationale Kooperationsprojekte mit der Ukraine 4

Öffentliche Konsultationen 5

Online-Sicherheit von Kindern (EU KIDS ACT) 5

EU-Konsultation zu Urheberrecht eröffnet 5

EU-Politik 6

Dreigliedriger Sozialgipfel 6

REGIOSTARS-Preisträger*innen 2026 7

Eurobarometer: Nutzung von KI in europäischen Unternehmen 7

Arbeitsplatzqualität ist eine Priorität in der EU 8

EU-Woche der Regionen und Städte 2026 9

Unterstützung für Afrika im Bereich Gesundheit aufgestockt 10

Eurobarometer: wachsendes Vertrauen in das EU-Umweltzeichen 11

EU-Haushalt: Jahresabschluss 2025 11

NextGenerationEU zeigt eine starke Umsetzungsbilanz 12

Europäische Bürgerinitiative für souveräne europäische KI-Domains registriert 13

210 Mio. Euro für die Karrieren von über 700 Forscher*innen bereitgestellt 14

Eurobarometer: Cyberbedrohungen am Arbeitsplatz 15

EUFIS - Newsletter

Oktober 2026

Europäische Kommission ernennt zwei deutsche Staatsbürger zu Direktoren 15

Drei deutsche Projekte mit EU-Preis für innovativen Unterricht ausgezeichnet 16

Neues EU-System für kritische Kommunikation für Ersthelfer*innen vorgeschlagen 16

Fünf-Punkte-Plan zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit und Sicherheit der EU-Außengrenzen vorgeschlagen....17

Humanitäre EU-Hilfe für Äthiopien 18

Startschuss für die EU-Vorsorgewoche / Empfehlungen für Herz-Kreislauf-Gesundheitschecks 18

EU-Kommissar Brunner in München: „Europäische Migrationswende zeigt Wirkung“ 19

Maltesische Stadt Victoria als Kulturhauptstadt Europas 2031 vorgeschlagen....20

EU startet erste Team-Gaza-Projekte 20

Eurobarometer: Sport und körperliche Bewegung....21

EU KIDS Act: Zugangsbeschränkung zu Social-Media-Plattformen 22

SOTEU – Rede von Kommissionspräsidentin von der Leyen im Europäischen Parlament 23

Stärkung einer fairen Arbeitskräftemobilität....24

Veranstaltungen....25

Zentrale Informationsveranstaltung zu den EU-Jugendprogrammen Erasmus+ Jugend und Europäisches Solidaritätskorps 2027 25

Die EU verstehen und vermitteln - Fortbildung für Lehrer*innen 25

Impressum

Der EUFIS-Newsletter ist ein Gemeinschaftsprodukt der SozialFinanz AG, Konrad-Adenauer-Ufer 85, 50668 Köln und des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands - Gesamtverband e.V., Oranienburgerstraße 13-14, D-10178 Berlin.

Redaktion:
Für die SozialFinanz:
Konrad-Adenauer-Ufer 85, 50668 Köln, Tel. 0221 97356709
E-Mail h.braem@sozialbank.de, Internet www.sozialbank.de

Für den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e.V:
Dr. Joachim Rock und Tilo Liewald, Tel. +49 30 24636 303, E-Mail: europa@dpwv.de.

Kopieren, veröffentlichen, verändern oder sonstige Verwertungen (auch auszugsweise) sowie die Weitergabe der von der SozialFinanz gelieferten Inhalte außerhalb der Gliederungen und Mitglieder des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands – Gesamtverband e.V. sind nicht gestattet. Abweichende Regelungen sind nur mit Zustimmung der SozialFinanz möglich. Das Urheberrecht ist zu beachten. Die Herausgeber übernehmen keine Haftung für Verzögerungen, Irrtümer oder Unterlassungen.

Der EUFIS-Newsletter erscheint in der Regel in zwölf Ausgaben pro Jahr. Redaktionsschluss der Ausgabe Oktober 2026 ist der 15.10.2026.

Ausschreibungen

Kreatives Europa: „ZMINA: Resilienz.“ - internationale Kooperationsprojekte mit der Ukraine

Die IZOLYATSIA Stiftung (UA) und Malý Berlín (SK) geben gemeinsam mit Trans Europe Halles (SE) eine zweite Ausschreibung für die Förderung internationaler Kooperationsprojekte im Rahmen des Programms „Kreatives Europa“ bekannt.

Die Einreichfrist endet am **04.12.2026**.

Ziel der Ausschreibung ist die Unterstützung von Kooperationsprojekten zwischen ukrainischen Künstler*innen und Kulturorganisationen und ihren Partnern aus den Programmländern.

Fördergelder stehen für Kooperationsprojekte zur Verfügung, an denen mindestens eine ukrainische Partnerorganisation und eine aus einem anderen Teilnehmerland beteiligt sind.

Zweck der Ausschreibung sind die Entwicklung und Präsentation einer internationalen Kooperation zum Thema Resilienz in allen künstlerischen / kulturellen Bereichen (außer der audiovisuellen Branche).

Jedes Kooperationsprojekt muss eine öffentliche Präsentation am jeweiligen Standort durchführen.

Insgesamt stehen 187.500 Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie hier.

Öffentliche Konsultationen

Online-Sicherheit von Kindern (EU KIDS ACT)

Die EU-Kommission hatte im September den *EU KIDS Act* vorgeschlagen, um die Online-Sicherheit von Kindern in der EU zu verbessern. Nun bittet sie um Rückmeldungen zum Vorschlag. Die Frist für Stellungnahmen endet am **26.11.2026**.

Ziel ist es, Beiträge von Kindern, Eltern, Erziehungsberechtigten, Lehrkräften und Pädagog*innen sowie von den unter den Vorschlag fallenden Online-Plattformen zu sammeln.

Der EU KIDS Act soll die Online-Sicherheit von Kindern in der gesamten Union verbessern, indem er eine Altersspere für soziale Medien, strenge „Safety-by-Design"-Vorschriften, eine datenschutzkonforme Altersüberprüfung sowie eine wirksame Durchsetzung vorsieht.

Weitere Informationen finden Sie hier.

EU-Konsultation zu Urheberrecht eröffnet

Die Europäische Kommission sammelt Rückmeldungen zu Herausforderungen und Optionen für mögliche künftige Maßnahmen zur Unterstützung des wirksamen Urheberrechtsschutzes angesichts von Markt- und Technologieentwicklungen.

Im Mittelpunkt der Konsultation steht insbesondere die Nutzung urheberrechtlich geschützter Inhalte in der künstlichen Intelligenz; Bekämpfung der Online-Piraterie zeitkritischer urheberrechtlich geschützter Inhalte wie Live-Veranstaltungen; die Anwendung des einheitlichen Rechts auf angemessene Vergütung für Musikdarsteller*innen und -produzent*innen; Urheberrecht und wissenschaftliche Forschung.

Während die EU bereits von einem soliden Urheberrechtsrahmen profitiert, werfen neue Herausforderungen und Marktentwicklungen die Frage auf, ob der Rahmen durch mögliche zusätzliche Maßnahmen gestärkt werden sollte.

Die Konsultation läuft noch bis zum **03.11.2026**.

Weitere Informationen finden Sie hier.

EU-Politik

Dreigliedriger Sozialgipfel

Der *Dreigliedrige Sozialgipfel* in Brüssel brachte die Spitzen der EU-Institutionen (Kommission, Rat) mit den europäischen Sozialpartner*innen (Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertreter*innen) zusammen. Das Hauptthema des zweimal jährlich stattfindenden Dialogforums lautete „Europa voranbringen“ (*Driving Europe Forward*). Insbesondere wurden folgende Themen behandelt:

- Ein neuer Mehrjähriger Finanzrahmen (MFF), der einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort stärkt und qualitative Arbeitsplätze unterstützt.
- Ein Binnenmarkt, der sowohl für Arbeitnehmer*innen als auch für Unternehmen Ergebnisse liefert.

Die wichtigsten Kernaussagen:

- *Gemeinsames Ziel*: Wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und soziale Gerechtigkeit müssen Hand in Hand gehen, um qualitativ hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen und den Lebensstandard der Menschen zu verbessern.
- *EU-Binnenmarkt & Bürokratie*:
  - EU-Spitzen (Ursula von der Leyen, António Costa) & Irland (Micheál Martin): Betonen die Vollendung des Binnenmarkts („Ein Europa, ein Markt“) und die Dringlichkeit, wirtschaftliche Fortschritte in spürbaren Nutzen für die Bürger*innen zu verwandeln.
  - Arbeitgeberverband (Maciej Witucki / BusinessEurope): Mahnt drastischen Bürokratieabbau, vereinfachte Regulierung und ein besseres Investitionsklima für Unternehmen an.
- *Künftiger EU-Finanzrahmen (MFF / Langzeitbudget):*
  - Das kommende Langzeitbudget soll das europäische Sozialmodell sichern, wettbewerbsfördernde Investitionen (Infrastruktur, Qualifizierung) unterstützen und rasch verhandelt werden.
- *Kritik der Gewerkschaften (Esther Lynch / ETUC):*
  - Die Gewerkschaften warnen vor Sparmaßnahmen und Mittelkürzungen im EU-Budget.
  - Sie fordern konkrete Maßnahmen gegen die Lebenshaltungskostenkrise, Schutz vor prekärer Arbeit sowie an öffentliche Gelder gekoppelte Garantien für gute Arbeitsplätze und Tarifverträge (z. B. über ein Gesetz für qualitative Arbeitsplätze / *Quality Jobs Act*).

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_2165

REGIOSTARS-Preisträger*innen 2026

Sechs herausragende EU-finanzierte Projekte und die Menschen dahinter wurden am 13.10.2026 in Brüssel bei den REGIOSTARS-Preisen 2026 im Rahmen der 24. Europäischen Woche der Regionen und Städte geehrt.

Die Auszeichnungen, die von Vertreter*innen der EU-Institutionen und der Mitgliedstaaten präsentiert werden, würdigen herausragende Leistungen bei Projekten, die im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik, der wichtigsten Investitionspolitik der EU für Regionen, Städte und Gemeinden, unterstützt werden.

Von Innovation und Forschung über die Wiederherstellung der Umwelt bis hin zur sozialen Inklusion zeigen die diesjährigen Preisträger, wie die Kohäsionspolitik konkrete Ergebnisse dort liefert, wo die Menschen leben.

Die REGIOSTARS-Preisträger 2026 sind:

- Kategorie 1 – Ein wettbewerbsfähiges und intelligentes Europa: AI Holopresence aus der Slowakei:
- Kategorie 2 – Ein grünes Europa / eLiRec – Greener Battery Recycling aus Deutschland;
- Kategorie 3 – Ein vernetztes Europa: Alexandroupolis Independent Natural Gas System / Griechenland;
- Kategorie 4 – Ein soziales und integratives Europa: BROTHERS / Deutschland;
- Kategorie 5 – Ein bürgernäheres Europa: Together in Žďár / Tschechien.

Der Gewinner *des People's Choice Award* in diesem Jahr war das Porto Comprehensive Cancer Center (Porto.CCC – TeamUp4Cancer (TU4C)) aus Portugal.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_2167

Eurobarometer: Nutzung von KI in europäischen Unternehmen

Europäische Unternehmen setzen zunehmend auf künstliche Intelligenz (KI). Das zeigen die Ergebnisse der jüngsten

Eurobarometer-Umfrage, die am 14.10.2026 veröffentlicht wurde.

Die Veröffentlichung fällt mit dem Europäischen Monat der KI-Innovation zusammen, in dem politische Entscheidungsträger*innen, Industrie, öffentlicher Sektor und Forschung zusammenkommen, um zu diskutieren und zu zeigen, wie KI in allen Branchen der EU entwickelt und angewendet wird.

Algorithmisches Management (AM) oder automatisierte Systeme beziehen sich auf digitale Systeme, die Führungskräften helfen, die Belegschaft zu organisieren und / oder ihre Entscheidungen über Aufgaben, Zeitpläne, Leistung oder Personal zu unterstützen. Diese Systeme können mit KI betrieben werden oder nicht und umfassen sowohl Tools, die die Entscheidungsfindung automatisieren, als auch Tools, die Empfehlungen abgeben, während die endgültige Entscheidung von den Menschen getroffen wird.

Der Umfrage zufolge nutzen bereits 42% der befragten europäischen kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und Midcap-Unternehmen (KI und AM, die meisten davon in begrenzter und experimenteller Weise). Weitere 21% planen dies in Zukunft.

Darüber hinaus gibt eine deutliche Mehrheit dieser europäischen Unternehmen (61%) an, dass der Einsatz von KI ihnen hilft, Entscheidungen zu treffen. 75% der befragten Unternehmen glauben, dass KI und AM die Arbeitsplatzqualität verbessern werden. Die meisten von ihnen (90%) sagen, dass die Menschen die Entscheidungen treffen, während nur 2% vollständig automatisiert sind.

Hohe Investitionskosten (50%), Rechtsunsicherheit (49%) und mangelndes Fachwissen (48%) sind laut der Umfrage nach wie vor die Haupthindernisse für eine breitere Nutzung. Fast die Hälfte (49%) der Unternehmen vertraut bei Entscheidungen im Zusammenhang mit Arbeitskräften oder Personalangelegenheiten nicht auf künstliche Intelligenz oder automatisierte Systeme.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_2160

Arbeitsplatzqualität ist eine Priorität in der EU

Laut dem am 13.10.2026 veröffentlichten Europäischen Ausblick für Beschäftigung und Soziales 2026 hat sich die Qualität der Arbeitsplätze in der EU in den letzten zehn Jahren

verbessert. Der Bericht weist auf Fortschritte in drei Bereichen hin: *Bezahlung, Arbeitsplatzsicherheit und Arbeitszeit.*
Sie zeigt, dass hochwertige Arbeitsplätze zum Aufbau einer starken, produktiven und wettbewerbsfähigen Wirtschaft beitragen.

In dem Bericht wird festgestellt, dass hochwertige Arbeitsplätze die Produktivität steigern können, indem sie die Motivation verbessern, die Personalfluktuation verringern, die Kompetenzentwicklung fördern und eine bessere Arbeitsorganisation unterstützen.

Der Bericht befasst sich auch mit den aktuellen Herausforderungen, darunter die Verlangsamung des Beschäftigungswachstums, das schwache Produktivitäts-wachstum und der Druck auf die Haushaltseinkommen aufgrund der hohen Energiepreise. Er hebt hervor, dass der Arbeitskräftemangel bei schlechteren Arbeitsplätzen häufig stärker ausgeprägt ist, was zeigt, dass eine Verbesserung der Arbeitsplatzqualität dazu beitragen kann, Arbeitskräfte dort anzuziehen und zu halten, wo sie am dringendsten benötigt werden. Im Gegenzug kann eine höhere Produktivität dazu beitragen, die Löhne und Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Im Anschluss an die zweite Phase der Konsultation der EU-Sozialpartner wird die Kommission noch in diesem Jahr das *Gesetz über hochwertige Arbeitsplätze* vorlegen.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_2147

EU-Woche der Regionen und Städte 2026

Am 12.10.2026 begann in Brüssel die 24. Europäische Woche der Regionen und Städte, an der fast 5.000 Interessierte aus ganz Europa unter dem Motto "Starke Regionen, starkes Europa" teilnahmen.

Die dreitägige Veranstaltung bringt lokale und regionale Gebietskörperschaften, politische Entscheidungsträger*innen, Projektträger*innen und Praktiker*innen, Forscher*innen und Journalist*innen zusammen, um über die Zukunft der europäischen Regionen und Städte zu diskutieren.

Viele Regionen in ganz Europa stehen aufgrund des natürlichen Bevölkerungsrückgangs oder der Abwanderung vor der Herausforderung des Bevölkerungsverlusts. In den letzten zwei Jahrzehnten hat jeder dritte Europäer, insgesamt

149 Mio. Menschen, in einer Region gelebt, in der die Bevölkerung verloren hat.
Die Unterstützung des „Aufenthaltsrechts“ bedeutet, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Menschen und Gemeinschaften dort, wo sie leben, gedeihen können, und Zugang zu wirtschaftlichen Möglichkeiten, hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen, Bildung und Kompetenzen sowie zu der von ihnen benötigten Infrastruktur, einschließlich guter Verkehrsanbindung und digitaler Konnektivität, zu erhalten.

Die Diskussionen während der Woche sollen in die Ausarbeitung einer Strategie für das Bleiberecht einfließen, die Anfang 2027 angenommen werden soll. Sie wird sich an den territorialen Strategien der Kommission orientieren, die auf die besonderen Bedürfnisse und Herausforderungen verschiedener Arten von Gebieten eingehen, darunter Städte, die östlichen an Russland, die Ukraine und Belarus angrenzenden Regionen, Inseln und Küstengemeinden sowie die Gebiete in äußerster Randlage.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_2133

Unterstützung für Afrika im Bereich Gesundheit aufgestockt

Die EU-Kommission und die EU-Staaten wollen fast 170 Mio. Euro in widerstandsfähige Gesundheitssysteme in Afrika investieren. Sie sollen u.a. den gerechten Zugang zu Gesundheitsdiensten und die Autonomie und Sicherheit im Bereich Gesundheit auf dem afrikanischen Kontinent stärken.

Die Ankündigung vor Beginn des Weltgesundheitsgipfels in Berlin vom 11.-13.10.2026 untermauert die Gesundheitspartnerschaft zwischen der Afrikanischen Union und der EU. Zu den geplanten Investitionen gehören 6,5 Mio. Euro von der Europäischen Kommission zum Ausbau nachhaltiger Kapazitäten im Bereich der Pathogen-Genomik sowie mehr als 30 Mio. Euro für Forschungsvorhaben, u.a. in den Bereichen klinische Forschung und Pandemievorsorge.

Auch die EU-Mitgliedstaaten stocken ihre Investitionen auf.
So stellt Deutschland 20 Mio. Euro bereit, um Investitionen in afrikanische kleine und mittlere Unternehmen anzukurbeln, die im Gesundheitssektor und in den entsprechenden Wertschöpfungsketten tätig sind, einschließlich der lokalen Herstellung von Arzneimitteln und Impfstoffen.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_26_2123

Eurobarometer: wachsendes Vertrauen in das EU-Umweltzeichen

Die jüngste Eurobarometer-Umfrage, die anlässlich des Welttags des Umweltzeichens am 08.10.2026 veröffentlicht wurde, zeigt, dass das Vertrauen und die Anerkennung des EU-Umweltzeichens bei europäischen Verbraucher*innen, die zunehmend nach nachhaltigen Produkten suchen, zugenommen haben.

Dieser Umfrage zufolge sind 81% der europäischen Verbraucher*innen zuversichtlich, dass Produkte mit dem EU-Umweltzeichen geringere Umweltauswirkungen haben als ähnliche Produkte auf dem Markt, verglichen mit 75% im Jahr 2023.

Die zunehmende Anerkennung führt zu nachhaltigeren Kaufgewohnheiten. Fast zwei von drei Europäer*innen (66%) geben an, dass sie häufig oder manchmal Produkte mit dem Umweltzeichen kaufen, wobei 46% angeben, dass sie häufig oder manchmal Produkte mit dem EU-Umweltzeichen kaufen.

Wie die Eurobarometer-Umfrage zeigt, wünschen sich die Verbraucher*innen eine breitere Verfügbarkeit des Etiketts, wobei 50% sagen, dass sie mehr Detergenzien mit dem EU-Umweltzeichen auf dem Markt finden möchten, gefolgt von Textilien (36%) und Kosmetika (35%). 72% wünschen sich, dass das Etikett auf weitere Produktkategorien ausgeweitet wird.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_2091

EU-Haushalt: Jahresabschluss 2025

Der Europäische Rechnungshof hatte am 08.10.2026 seinen Jahresbericht veröffentlicht und den Jahresabschluss der EU zum 19. Mal in Folge als einwandfrei beurteilt. Der Rechnungshof bestätigte, dass die Erhebung der EU-Einnahmen keine wesentlichen Fehler aufweist.

Vor dem Hintergrund geopolitischer Unsicherheit, eines stärkeren globalen Wettbewerbs und anhaltender Konflikte, einschließlich des anhaltenden Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine, blieb der EU-Haushalt ein

Schlüsselinstrument für die Umsetzung der Prioritäten der Union.

Im Jahr 2025 spielte der EU-Haushalt weiterhin eine zentrale Rolle bei der europäischen Unterstützung für die Ukraine.

Auch die Wettbewerbsfähigkeit der EU wurde 2025 durch den EU-Haushalt gefördert, und zwar durch Investitionen in strategische Sektoren, grenzüberschreitende Infrastruktur sowie Forschung und Innovation.

NextGenerationEU hat die wirtschaftliche Erholung weiterhin durch Reformen und Investitionen der Mitgliedstaaten im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität unterstützt.

Mit dem Haushalt wurden auch weiterhin *Bürger*innen sowie Regionen in ganz Europa* unterstützt. Im Jahr 2025 stellten die Mitgliedstaaten und Regionen 3,3 Mrd. Euro an kohäsionspolitischen Mitteln für erschwinglichen und nachhaltigen Wohnraum, 14,5 Mrd. Euro für die Anpassung an den Klimawandel und das Katastrophenrisikomanagement sowie 3,1 Mrd. Euro für die Wasserresilienz bereit.

Im *Rahmen humanitärer Maßnahmen* stellte die EU im Jahr 2025 rund 2,6 Mrd. Euro über das *Programm für humanitäre Hilfe bereit.*

Die Kommission nimmt die negative Stellungnahme des Europäischen Rechnungshofs zur Ordnungsmäßigkeit der Ausgaben im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens zur Kenntnis. Die vom Europäischen Rechnungshof geschätzte Fehlerquote liegt bei 3,8% und ist damit vergleichbar mit der des Vorjahres (3,6%) sowie deutlich niedriger als in den Jahren 2023 (5,6%) und 2022 (4,2%).

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_2065

NextGenerationEU zeigt eine starke Umsetzungsbilanz

Die Europäische Kommission legte am 07.10.2026 den fünften Jahresbericht über die Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) vor.

Als wichtigstes Aufbauinstrument der EU im Rahmen von NextGenerationEU hat die Aufbau- und Resilienzfazilität nun 450 Mrd. Euro an Zuschüssen und Darlehen ausgezahlt, was fast 80% des von den Mitgliedstaaten beantragten Gesamtbetrags entspricht.

Die Aufbau- und Resilienzfazilität, die 2021 als unmittelbare Reaktion auf die COVID-19-Krise eingerichtet wurde, ist zu einem wichtigen Motor für Reformen und Investitionen geworden und stärkt gleichzeitig die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit der Union.

Die Mitgliedstaaten hatten bis zum 31.08.2026 Zeit, die Etappenziele und Zielwerte, die die in ihren Aufbau- und Resilienzplänen festgelegten Reformen und Investitionen widerspiegeln, abzuschließen. Die Kommission prüft derzeit die letzten 32 Zahlungsanträge, wobei sich die verbleibenden Auszahlungen auf 123 Mrd. Euro (21% der Mittelausstattung) belaufen, die bis Ende 2026 abgeschlossen sein sollen.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_2092

Europäische Bürgerinitiative für souveräne europäische KI-Domains registriert

Die Europäische Kommission hat am 06.10.2026 die Europäische Bürgerinitiative (EBI) *„Schaffung des europäischen digitalen Raums (.IA) für eine souveräne KI-Governance“* registriert.

Das Organisationsteam fordert die Kommission auf, „einen Rahmen für hoch vertrauenswürdige digitale Räume vorzuschlagen und auf europäischer Ebene Verhandlungen mit der ISO (Internationale Organisation für Normung) und der ICANN (Gesellschaft für die Zuweisung von Domainnamen und Nummern im Internet) aufzunehmen, um die Domain ‚.IA‘ zu schützen“.

In der Initiative werden drei Ziele benannt:

- „Vorschlag eines EU-Rahmens zur Förderung ‚hoch vertrauenswürdiger digitaler Räume‘ und Testumgebungen (Sandboxen) für ethische KI in der EU“,
- „Führung von Verhandlungen mit der ISO … und der ICANN / IANA (Behörde für die zugewiesenen Nummern des Internets) im Hinblick auf die Reservierung, den Schutz und die Zuweisung des Namensraums ‚.IA‘ als wertvolle Ressource für die europäische digitale Souveränität“, und die
- „Sicherstellung, dass bei der Registrierung und Auflösung der Domain ‚.IA‘ die souveräne digitale Identität (eIDAS 2.0), transparente algorithmische Audits (KI-Verordnung) und der Schutz personenbezogener Daten (DSGVO) berücksichtigt werden“.

Die Initiative erfüllt die in den einschlägigen Rechtsvorschriften festgelegten formalen Voraussetzungen. Sie ist somit nach Auffassung der Kommission gemäß der Verordnung über die Europäische Bürgerinitiative rechtlich zulässig. Die Kommission hat die Vorschläge zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht inhaltlich geprüft.

Die Kommission wird erst dann eine Entscheidung treffen, wenn die Initiative alle Bedingungen erfüllt. Dazu gehört auch die Sammlung von mindestens einer Million gültigen Unterschriften von EU-Bürger*innen.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_2064

210 Mio. Euro für die Karrieren von über 700 Forscher*innen bereitgestellt

Über 210 Mio. Euro an zusätzlichen Mitteln für die Marie-Skłodowska-Curie-Maßnahmen (MSCA), eines der europäischen Leitprogramme für Forschungslaufbahnen, sollen es über 700 weiteren Forscher*innen ermöglichen, ihre Karriere in Europa zu verfolgen. Die Mittel sind Teil der Initiative „Choose Europe“, mit der die Europäische Kommission die weltweit größte Anziehungskraft für wissenschaftliche Talente, Forschung und technologische Innovation schaffen will.

Die Aufstockung der Mittel ist eine Reaktion auf das enorme Interesse an Forschungskarrieren in Europa. Im Jahr 2026 gingen für MSCA-Postdoktorandenstipendien 21.627 Bewerbungen von Forschenden aus der ganzen Welt ein; dies ist die höchste Zahl von Vorschlägen für eine Finanzierungsmaßnahme in der über vierzigjährigen Geschichte der EU-Rahmenprogramme für Forschung und Innovation.

Mit den zusätzlichen Mitteln werden zwei der bedeutendsten Maßnahmen des Programms gestärkt: die MSCA-Postdoktorandenstipendien und Doktorandennetzwerke, wodurch Schätzungen zufolge zusätzliche Möglichkeiten für 700 Forscher*innen entstehen.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_2039

Eurobarometer: Cyberbedrohungen am Arbeitsplatz

Drei von vier Beschäftigten in der Europäischen Union stießen laut einer neuen Eurobarometer-Umfrage vom 30.09.2026 bei der Arbeit auf verdächtige E-Mails, Nachrichten oder Links. Die Ergebnisse wurden zu Beginn des Europäischen Monats der Cybersicherheit in allen 27 Mitgliedstaaten veröffentlicht.

Phishing war die häufigste Cyberbedrohung am Arbeitsplatz: 39% der Mitarbeitenden meldeten betrügerische Nachrichten oder Websites, die Daten stehlen oder unbefugten Zugriff erhalten sollten.

Die Ergebnisse weisen auf eine Lücke zwischen Bewusstsein und täglicher Praxis hin. Während 83% sagten, dass die möglichen Folgen von Cyberangriffen schwerwiegend sind, gaben nur 48% an, dass sie ein KI-generiertes Fake-Video erkennen könnten. Insgesamt gaben nur 18% an, dass ihre Organisation überhaupt keinen Cybervorfall erlebt hat, soweit sie wissen.

Sechs von zehn Mitarbeitenden (60%) gaben an, im Vorjahr Cybersicherheitsschulungen erhalten zu haben, obwohl die Teilnahme in kleineren Organisationen stark zurückgeht. Gleichzeitig waren 85% der Befragten daran interessiert, ihre Cybersicherheitsfähigkeiten zu verbessern, wobei Zeitmangel (26%) als Haupthindernis genannt wurde.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_2020

Europäische Kommission ernennt zwei deutsche Staatsbürger zu Direktoren

Die Europäische Kommission hat zwei Mitarbeiter mit deutscher Staatsbürgerschaft zu Direktoren ernannt. In beiden Fällen wird der Zeitpunkt des Amtsantritts noch festgelegt.

Jens Alexander Flosdorff wird Direktor für Bürgerkommunikation in der Generaldirektion Kommunikation. Mit mehr als 25 Jahren Berufserfahrung bringt er umfangreiches Wissen in den Bereichen strategische Kommunikation und Management ein. Neben tiefgehenden Kenntnissen über die EU und ihre Institutionen verfügt er auch über eine umfassende Expertise in den Bereichen Krisenkommunikation, Einbindung von Interessensgruppen und Öffentlichkeitsarbeit.

Die Europäische Kommission hat zudem Thomas Deisenhofer zum Direktor für Kartellangelegenheiten in der Generaldirektion Wettbewerb ernannt. Mit fast drei Jahrzehnten Erfahrung bringt Deisenhofer fundiertes und breit gefächertes Fachwissen in den Bereichen Wettbewerbspolitik und rechtliche Durchsetzung mit.

Weitere Informationen:
https://germany.representation.ec.europa.eu/nachrichten-und-veranstaltungen/pressemitteilungen/europaische-kommission-ernennt-zwei-deutsche-staatsburger-zu-direktoren-2026-09-30_de

Drei deutsche Projekte mit EU-Preis für innovativen Unterricht ausgezeichnet

Die Europäische Kommission hat am 29.09.2026 die diesjährigen Gewinner*innen des *Europäischen Preises für innovativen Unterricht* bekannt gegeben. 112 Erasmus+-Projekte aus den EU-Mitgliedstaaten und den an Erasmus+ teilnehmenden Drittländern wurden dabei ausgezeichnet.

Unter den Gewinner*innen sind die Sekundarschule „Helene Lange“ aus Bitterfeld-Wolfen in Sachsen-Anhalt, das Josef-Hofmiller-Gymnasium in Freising in Bayern und das Europäische Berufsbildungswerk in Bitburg in Rheinland-Pfalz.

Unter dem Thema „Skills for Life (Lebenskompetenzen)“ hat die Europäische Kommission Erasmus+-Projekte gefördert, die den Erwerb von Grundkompetenzen wie Lesen, Schreiben, Rechnen und naturwissenschaftliche Kompetenzen erleichtern. Dies soll Kleinkinder, Schüler*innen, Lernende in der beruflichen Bildung und Erwachsene unterstützen.

Weitere Informationen:
https://germany.representation.ec.europa.eu/nachrichten-und-veranstaltungen/pressemitteilungen/drei-deutsche-projekte-mit-eu-preis-fur-innovativen-unterricht-ausgezeichnet-2026-09-30_de

Neues EU-System für kritische Kommunikation für Ersthelfer*innen vorgeschlagen

Die Europäische Kommission hatte am 30.09.2026 die Einrichtung eines neuen *EU-Systems für kritische Kommunikation* vorgeschlagen, um Ersthelfer*innen in Europa sichere und resiliente Kommunikationskanäle in Krisensituationen zur Verfügung zu stellen.

Das neue System beruht auf von europäischen Unternehmen hergestellten kritischen Komponenten und ermöglicht zu jeder Zeit eine nahtlose und stabile Echtzeit-Kommunikation zwischen allen Ersthelfer*innen und über alle EU-Grenzen hinweg.

Brände, Überschwemmungen, Stürme, Bedrohungen für kritische Infrastrukturen durch Drohnen oder Terroranschläge erfordern eine wirksame und gut koordinierte Reaktion von Polizei, Feuerwehr, medizinischen Diensten und Katastrophenschutzteams. Derzeit sind diese Akteur*innen nur in begrenztem Maße in der Lage, miteinander zu kommunizieren – ihre Kommunikationssysteme sind nicht miteinander verbunden und funktionieren nicht mehr, wenn sie eine Grenze überschreiten.

Das EU-System für kritische Kommunikation wird es Ersthelfer*innen ermöglichen, behörden- und grenzübergreifend zu kommunizieren, Fotos, Videos und Ton zu teilen und sowohl auf nationaler Ebene als auch in ganz Europa schneller und sicherer zu kommunizieren.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_2008

Fünf-Punkte-Plan zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit und Sicherheit der EU-Außengrenzen vorgeschlagen

Die Kommission schlug am 29.09.2026 einen *5-Punkte-Plan vor, mit dem plötzliche illegale Massenankünfte verhindert, antizipiert und bewältigt werden sollen*. Mithilfe des Plans sollen die EU-Außengrenzen widerstandsfähiger und sicherer werden.

Die EU verfügt über einen umfassenden und widerstandsfähigen Rahmen für das Migrationsmanagement: Die Zahl der illegalen Grenzübertritte ist auf dem niedrigsten Stand seit 2021. Jüngste Ereignisse haben die EU-Grenzen jedoch auf die Probe gestellt. Die Krise in Ceuta hat gezeigt, dass sich ein plötzlicher massiver Zustrom an den EU-Außengrenzen konkretisieren und Notlagen auslösen kann.

Als Reaktion auf die Ereignisse in Ceuta hat Präsidentin von der Leyen fünf Schlüsselbereiche festgelegt, an denen sich die Maßnahmen der EU orientieren sollen:

1. Intensivere Zusammenarbeit mit Partnerländern zur Verhinderung illegaler Migration;
2. Verstärkung des Schutzes der EU-Außengrenzen;

3. Verbesserung der Überwachung, des Lagebewusstseins und der Frühwarnsysteme;
4. Zerschlagung von Schleuser- und Menschenhändlernetzen;
5. verstärkte Rückführungen.

Aufbauend auf der Europäischen Strategie für Asyl und Migration vom Januar 2026 will die Kommission nun das weitere Vorgehen in diesen fünf Bereichen festlegen.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_2002

Humanitäre EU-Hilfe für Äthiopien

Angesichts der Befürchtung eines neuen Konflikts in Nordäthiopien stellt die Europäische Union 61 Mio. Euro an humanitärer Hilfe bereit, um den am stärksten gefährdeten Menschen in Äthiopien zu helfen, die von Konflikten, Vertreibung, Krankheitsausbrüchen und klimabedingten Gefahren betroffen sind.

Der Bedarf an humanitärer Hilfe in Äthiopien ist nach wie vor hoch, insbesondere in von Konflikten betroffenen und schwer erreichbaren Gebieten sowie in Amhara, Benishangul-Gumuz, Oromia und Tigray. Das Land beherbergt eine große Zahl von Flüchtlingen, und die Konflikte im benachbarten Sudan und Südsudan führen zu plötzlichen Massenzuströmen. Äthiopien ist zudem regelmäßig von extremen Wetterereignissen betroffen, was die Notlage weiter verschärft.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1991

Startschuss für die EU-Vorsorgewoche / Empfehlungen für Herz-Kreislauf-Gesundheitschecks

Im Vorfeld des Weltherztags und anlässlich des Startschusses der allerersten EU-Vorsorgewoche hat die Europäische Kommission am 28.09.2026 einen Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zu Herz-Kreislauf-Gesundheitschecks angenommen. Damit sollen Früherkennung und Vorsorge verbessert und letztlich vorzeitige Todesfälle durch Herz-Kreislauf-Erkrankungen verhindert werden; Ziel ist es, die Gesundheit der europäischen Bürger*innen zu schützen.
Mit dem Plan zum Schutz der Herzgesundheit, der im Dezember 2025 vorgelegt wurde, soll die vorzeitige Sterblichkeit aufgrund von Herz-Kreislauf-Erkrankungen bis

2035 um 25 % gesenkt werden, unter anderem indem bei den genannten Risikofaktoren angesetzt wird.

Da dank der Gesundheitschecks die Risiken für das Herz-Kreislauf-System festgestellt und die betreffenden Erkrankungen frühzeitig diagnostiziert werden, können sie Leben retten und verändern, weil die Menschen rechtzeitig richtig beraten und behandelt werden. Infolge der angenommenen Empfehlung erhalten die Mitgliedstaaten Unterstützung bei der Ausarbeitung und Durchführung von Herz-Kreislauf-Gesundheitschecks auf nationaler Ebene.

Weiterhin sollen damit die EU-weit bestehenden Ungleichheiten im Gesundheitswesen abgebaut werden, indem diese Checks für alle zugänglich gemacht werden und insbesondere die Bedürfnisse von Hochrisikogruppen und benachteiligten Gruppen berücksichtigt werden.

Die von der Kommission eingeleitete erste EU-Vorsorgewoche (28.09. bis 04.10.2026) wird von nun an jährlich stattfinden. Sie steht mit den genannten Empfehlungen in Einklang und flankiert die Maßnahmen des Plans zum Schutz der Herzgesundheit.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1859

EU-Kommissar Brunner in München: „Europäische Migrationswende zeigt Wirkung“

Der EU-Kommissar für Inneres und Migration Magnus Brunner hat sich am Wochenende beim „2. Munich Migration Meeting (2. Münchener Migrationstreffen)“ mit Minister*innen sowie Regierungsvertreter*innen aus 18 europäischen Staaten über gemeinsame migrationspolitische Prioritäten ausgetauscht: Stärkung der EU-Außengrenzen, Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS), Rückführungen sowie Intensivierung der Zusammenarbeit mit Drittstaaten.

Brunner verwies auf den Schutz der Außengrenzen als eine zentrale Säule des GEAS. Das Einreise-Ausreise-System (EES) zeige bereits, was es leisten könne:

Knapp 210 Mio. Reisen von Nicht-EU-Bürger*innen wurden registriert, knapp 70.000 Einreisen wegen falscher oder fehlender Dokumente verweigert, knapp 2.000 Personen wegen Sicherheitsbedrohungen (von Drogenkriminalität bis Terrorismus) gestoppt. Es sei ein erheblicher

Sicherheitsvorteil, zu wissen, wer die Grenzen wo und wann überschreite.

Weitere Informationen:
https://germany.representation.ec.europa.eu/nachrichten-und-veranstaltungen/pressemitteilungen/eu-kommissar-brunner-munchen-europaische-migrationswende-zeigt-wirkung-2026-09-28_de

Maltesische Stadt Victoria als Kulturhauptstadt Europas 2031 vorgeschlagen

Victoria, die Hauptstadt der maltesischen Insel Gozo, wurde von einer unabhängigen Expertenjury als Kulturhauptstadt Europas 2031 vorgeschlagen. Sie wird sich den Titel für das Jahr 2031 mit einer Stadt in Spanien teilen, die im Dezember bekannt gegeben wird.

Victoria ist nach Valletta im Jahr 2018 die zweite Stadt Maltas, die diesen Titel trägt. Mit ihrem Kulturprogramm strebt die Stadt an, eine europäische Plattform für kulturelle Mitgestaltung, ökologisches Bewusstsein und Innovationen auf kleinen Inseln zu werden.

Die Europäische Kommission kann jeder Kulturhauptstadt Europas einen mit 1,5 Mio. Euro dotierten Preis verleihen, der im Rahmen des Programms „Kreatives Europa“ finanziert wird. Aufbauend auf mehr als 40 Jahren Erfolg hat die Kommission kürzlich den Rahmen für die nächsten Generationen der Kulturhauptstädte Europas über das Jahr 2033 hinaus erneuert.

Weitere Informationen:
https://germany.representation.ec.europa.eu/nachrichten-und-veranstaltungen/pressemitteilungen/maltesische-stadt-victoria-als-kulturhauptstadt-europas-2031-vorgeschlagen-2026-09-24_de

EU startet erste Team-Gaza-Projekte

Am Rande der Hochrangigen Woche der VN-Generalversammlung in New York unterzeichnete die für den Mittelmeerraum zuständige Kommissarin Dubravka Šuica am 23.09.2026 die ersten Vorzeigeprojekte im Rahmen der von der EU geleiteten Team-Gaza-Initiative.
Die Projekte im Gesamtwert von 43 Mio. Euro sollen dazu beitragen, lebenswichtige Wasser- und Abfallentsorgungsdienste für die Menschen in Gaza wiederherzustellen. Die Projekte werden gemeinsam mit UNICEF und UNDP durchgeführt und sollen den Bedarf

decken und dazu beitragen, die Grundversorgung der Bevölkerung in Gaza wiederherzustellen.

Die Team-Gaza-Initiative wurde im Juli 2026 in Brüssel bei der zweiten von der Kommission ausgerichteten Palästinensischen Gebergruppe ins Leben gerufen. Mit einem anfänglichen Betrag von fast 1 Mrd. Euro bringt diese Plattform wichtige internationale Akteur*innen zusammen, um laufende und geplante Projekte zur frühzeitigen Erholung der Bevölkerung von Gaza zu koordinieren. Sie umfasst Spanien, Dänemark, das Vereinigte Königreich, Deutschland, Norwegen, Finnland, Italien, die Niederlande, Frankreich, Japan, die Schweiz, Schweden, Belgien und Australien sowie die Europäische Kommission und die Europäische Investitionsbank.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1950

Eurobarometer: Sport und körperliche Bewegung

Am Vorabend der Europäischen Woche des Sports 2026 hat die Europäische Kommission am 22.09.2026 das sechste Eurobarometer zu Sport und körperlicher Betätigung veröffentlicht. Die Erhebung zeigt einen Anstieg der körperlichen Betätigung in der gesamten Europäischen Union im Vergleich zur Erhebung vom Jahr 2022.

So ist z.B. der Anteil der Bürger*innen, die mehrmals pro Woche Sport treiben, um sechs Prozentpunkte auf 38% gestiegen, und der Anteil derer, die fast täglich trainieren, um drei Prozentpunkte auf 9%. Zugleich ging der Anteil derjenigen, die nie sportlichen Aktivitäten nachgehen, von 45% im Jahr 2022 auf 39% in diesem Jahr zurück.

In Bezug auf die Teilnahme an sportlichen Aktivitäten und das entsprechende Engagement gibt es erhebliche Unterschiede zwischen verschiedenen Teilen der Bevölkerung. Jüngere Befragte, Personen mit höherem Bildungsniveau und solche mit geringeren finanziellen Schwierigkeiten berichten durchweg über ein höheres Maß an sportlicher Betätigung. Ältere Befragte und Menschen im Ruhestand werden tendenziell seltener aktiv.
Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind recht gering, wobei die Wahrscheinlichkeit einer regelmäßigen körperlichen Betätigung bei Männern etwas höher ist.

Die Kommission macht jedes Jahr während der Europäischen Woche des Sports auf die Vorteile von Sport und körperlicher

Aktivität aufmerksam. Die diesjährige Aktionswoche vom 23.-30.09.2026 ist Höhepunkt der einjährigen Kampagne „#BeActive“, mit der die Europäer*innen zu mehr sportlicher Aktivität ermutigt werden sollen.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1934

EU KIDS Act: Zugangsbeschränkung zu Social-Media-Plattformen

Die Europäische Kommission hatte am 17.09.2026 den vorgeschlagenen EU KIDS Act angenommen, um die Online-Sicherheit von Kindern in der gesamten Union zu verbessern.

Der Vorschlag verbietet, dass Social-Media-Plattformen ihre Dienste für Kinder unter 13 Jahren zugänglich machen, und legt ein *EU-weites Mindestalter* von 15 Jahren für die Eröffnung eines eigenen Social-Media-Kontos durch Minderjährige fest, wodurch ein schrittweiser Ansatz sichergestellt werden soll. Mit dem KIDS Act wird auch die Beweislast umgekehrt. Nun müssen die Dienste-Anbieter*innen nachweisen, dass ihre *Dienste altersgerecht und inhärent sicher („safe by design“) sind*.

Der vorgeschlagene EU KIDS Act gliedert sich in vier Säulen:

1. Hinauszögerung des Zugangs zu sozialen Medien;
2. inhärente Sicherheit;
3. Altersfeststellung unter Wahrung der Privatsphäre;
4. wirksame Durchsetzung.

Der Durchsetzungsrahmen baut auf den bereits im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste und der Verordnung über künstliche Intelligenz bestehenden Strukturen auf und nutzt bereits eingerichtete Mechanismen und vorhandenes Fachwissen. Mit dem Vorschlag sollen beschleunigte Durchsetzungsverfahren gegen Anbieter*innen im Falle der Nichteinhaltung des EU KIDS Act eingeführt werden, bei denen die Kommission die Untersuchungen innerhalb von 90 Tagen abschließen sollte.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1890

SOTEU – Rede von Kommissionspräsidentin von der Leyen im Europäischen Parlament

Kommissionspräsidentin **Ursula von der Leyen** hat in ihrer jährlichen Rede zur Lage der Union (SOTEU) am 16.09.2026 die Entschiedenheit Europas betont, seinen eigenen Weg zu gehen. Die jährliche Rede zur Lage der Union (*State of the European Union* – SOTEU) von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bildet die strategische Roadmap für die Europäische Union.

Vor den Abgeordneten des Europäischen Parlaments beschrieb von der Leyen die aktuelle Lage so: *„Unsere Union ist stärker als je zuvor. Gleichzeitig kann es sich auch so anfühlen, als wäre unsere Union so gefährdet wie nie zuvor. Diese beiden Aussagen mögen widersprüchlich erscheinen. Aber sie sind beide wahr. Und sie sind ein Spiegel dieser außergewöhnlichen Zeiten. Dieses komplexen Zeitalters großer Möglichkeiten und großer Gefahren, durch die alle Länder hindurchnavigieren müssen. In dieser Welt hat sich Europa entschieden, seinen eigenen Weg zu gehen. Und nun entsteht ein stärkeres, ein unabhängigeres Europa.“*

Die jährliche Rede bildet umfasst zehn große Themenblöcke:

1. Wettbewerbsfähigkeit;
2. Klimaresilienz und Umwelt;
3. Nutzung künstlicher Intelligenz;
4. Eine faire Union;
5. Europa in der Welt - stärkere Partnerschaften;
6. Sicherheit Europas;
7. Sicherheit der Ukraine;
8. Schutz unserer Grenzen;
9. Soziale Medien – Schutz unserer Kinder;
10. Eine stärkere Union.

Ursula von der Leyen schloss ihre Rede vor den Abgeordneten im Europäischen Parlament mit dem Appell, Europa müsse ein weiteres Mal seine Zukunft in die Hand nehmen. Den genauen *Wortlaut der Rede* finden Sie hier.

Weitere Informationen:
https://germany.representation.ec.europa.eu/nachrichten-und-veranstaltungen/pressemitteilungen/soteu-rede-von-kommissionsprasidentin-von-der-leyen-im-europaischen-parlament-2026-09-16_de

Stärkung einer fairen Arbeitskräftemobilität

Die Europäische Kommission hatte am 15.09.2026 das Paket für faire Arbeitskräftemobilität verabschiedet, um *allen Menschen überall in der EU klare soziale Rechte* zu garantieren, unabhängig davon, wo sie leben und arbeiten.

Das Paket soll es *Arbeitskräften* ermöglichen, ihre Ansprüche auf Sozial- und Krankenversicherung nachzuweisen und geltend zu machen sowie ihre Qualifikationen EU-weit nachvollziehbar zu machen und in reglementierten Berufen formell anerkennen zu lassen. Neue Regeln und Instrumente sollen mobile Arbeitskräfte besser vor Missbrauch schützen und langwierige und komplexe Verwaltungsverfahren beseitigen, die *Unternehmen* daran hindern, Fachkräfte zu rekrutieren oder Dienstleistungen EU-weit zu erbringen. Die nationalen *Verwaltungen* sollen von einer effizienteren Zusammenarbeit bei der Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten und der Betrugsbekämpfung profitieren.

Das Paket umfasst eine Mitteilung zur fairen Arbeitskräftemobilität und fünf Legislativvorschläge:

- eine Verordnung zur Einführung eines Europäischen Sozialversicherungspasses;
- einen „Rechtsakt über die Übertragbarkeit von Kompetenzen“, eine Verordnung über digitale und vergleichbare Qualifikationen;
- eine Verordnung zur Stärkung der Europäischen Arbeitsbehörde;
- eine Änderungsrichtlinie zu Berufsqualifikationen und
- eine Richtlinie über Qualifikationen von Drittstaatsangehörigen.

Sobald das Paket vollständig umgesetzt ist, wird es bis 2040 schätzungsweise sechs Mrd. Euro an Vorteilen bringen, und zwar durch eine schnellere Anerkennung von Berufsqualifikationen, die Echtzeitprüfung von Sozialversicherungsdokumenten und andere Einsparungen für Unternehmen, Arbeitskräfte und Behörden sowie durch Betrugsvermeidung.

Weitere Informationen:
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1851

Veranstaltungen

Zentrale Informationsveranstaltung zu den EU-Jugendprogrammen Erasmus+ Jugend und Europäisches Solidaritätskorps 2027

Die Nationalagentur Jugend für Europa lädt am **14.01.2027** (14:00 bis 16:00 Uhr) zu einer zentralen Online-Informationsveranstaltung ein.

Die Veranstaltung bietet einen Gesamtüberblick über die Fördermöglichkeiten in *Erasmus+ Jugend* und dem *Europäischen Solidaritätskorps* und informiert über *relevante Neuerungen ab 2027.* Beide Programme werden mit ihren Zielsetzungen, ihren Schwerpunkten und sich eröffnenden Fördermöglichkeiten präsentiert und es werden die wichtigsten Änderungen erläutert, die mit den Programmleitfäden 2027 veröffentlicht wurden.

Die digitale Informationsveranstaltung steht allen an den EU-Jugendprogrammen Interessierten aus der Jugendarbeit und dem Engagement-Bereich offen.

Weitere Informationen finden Sie hier.

Die EU verstehen und vermitteln - Fortbildung für Lehrer*innen

Das Internationale Forum Burg Liebenzell veranstaltet vom 24.11.2026, (09:00 Uhr) bis zum 25.11.2026 (16:00 Uhr) eine Fortbildung für Lehrer*innen in Bad Liebenzell.

Europa steht vor tiefgreifenden geopolitischen Herausforderungen. Gemeinsam mit Expert*innen aus Wissenschaft und und Politik sollen diese Fragen in der Fortbildung für Lehrkräfte nachgegangen werden und diskutiert werden, wie Europa, die Europäische Union und ihre aktuellen Herausforderungen im Unterricht aufgegriffen werden können. Im Mittelpunkt stehen dabei Themen wie europäische Handlungsfähigkeit, Sicherheitspolitik, Resilienz der Demokratie, der Umgang mit Desinformation sowie die Rolle der EU in einer sich wandelnden Weltordnung. Mit Akteur*innen der außerschulischen Bildungsarbeit sollen neben den fachlichen Inputs praxisnahe Methoden zur Vermittlung europäischer Themen kennengelernt werden.

Die Fortbildung ist zertifiziert durch das Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung Baden-Württemberg

Weitere Informationen finden hier.